

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhalten Sie auf weiteren nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Intentionen. Mit für die gehaltenen Korpuszelle oder deren Raum, Nebenraum, die 2-jährige Korpuszelle. Mit der Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-jährige Korpuszelle. Mit Aufstellungsgeld. Die Anzeigenannahme die vom 1. März 1923 bis 1. April 1923. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Haftung geht.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöschig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 22.

Donnerstag / Freitag 22. / 23. Februar 1923.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die Ausschüsse des Reichstages haben sich bei der Beratung des Notgesetzes für Zuchthausstrafe gegen Preisdreier und Wucherer ausgesprochen.

\* Der Oberbürgermeister von Düsseldorf ist von den Franzosen verhaftet und ausgewiesen worden.

\* Die Bahlinie Neuß-Düren ist von den Engländern den Franzosen übergeben worden, die das deutsche Personal vertrieben haben.

\* Die Erklärungen Poincarés vor dem Kammerausschuß über die Ruhrbesetzung werden in politischen Kreisen als das Eingeständnis eines großen Mißerfolgs aufgefaßt.

\* Das englische Unterhaus hat die Erklärungen Bonar Law gebilligt, wonach England im Ruhrkonflikt nicht intervenieren wird.

\* Aus Washington wird berichtet, daß Amerika nicht in die europäische Politik eingreifen beabsichtigt.

## „Unerfüllbar.“

Jener Engländer hat die Situation am drastischsten gekennzeichnet, der seitdem die Achseln zuckte: „Ja, wenn die Franzosen nicht so viele Bombengeschwader hätten und W-Boot-Kreuzer und Ferngeschütze!“ Englands größte Dummheit war es, daran mitzuhelfen, daß 1918 Frankreich zur höchsten Militärmacht des Kontinents werden konnte, und es hat sich damit einen neuen Napoleon herangezüchtet, der aber größere Aussichten gegen England hat als jener Kaiser, der seine Truppen 1808 in Boulogne sammelte zur Überfahrt nach Dover.

Infolgedessen muß man sich im englischen Unterhaus damit begnügen, Worte zu wechseln, da Latent doch nicht sichtbar werden. Die gesamte Opposition, also die Lloyd-George-Partei, die Liberalen und die Arbeiterparteien machen einen gemeinsamen Vorstoß, der aber nicht als parlamentarischer Angriff gemeint ist. Zu einem solchen aber werden kann, wenn ihn Bonar Law als Mißtrauensvotum erklärt. Der oppositionelle Antrag will eine Kommission einsetzen, die Bericht erstatten soll über die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen, sowie über die beste Methode, solche Zahlungen auszuführen. Außerdem soll der britische Vertreter beim Völkerbund darauf dringen, daß Amerika zur Entsendung von Sachverständigen in diese Kommission eingeladen wird.

Das Ziel ist dabei, daß England in der Reparationsfrage wieder Aktivität beweist, nicht immer allen französischen Forderungen nachgibt, Poincaré auf dem Kontinent machen läßt, was er will. Insofern unterscheidet sich allerdings die Politik der Opposition wesentlich von dem politischen Grundgedanken der „Anquillität“, der Uninteressiertheit und Ruhe um jeden Preis, an dem der Ministerpräsident Bonar Law festhält. Vielleicht im Bewußtsein machtpolitischer Schwäche festhalten muß, nun aber — um den Massenstimmungen Rechnung zu tragen — mit dem Vorzeichen der Opposition gar nicht sehr unzufrieden ist. Gar manchemal in der Geschichte des englischen Parlaments hielt man an den früheren Formen der parlamentarischen Gebärde, der Opposition fest, während tatsächlich hinter den Kulissen ein Programm der Zusammenarbeit vereinbart wurde.

Gar nicht unzufrieden mag Bonar Law sein, daß die beiden liberalen Redner in der jetzigen Debatte über den oppositionellen Antrag zwar die traditionelle Freundschaft mit Frankreich stark betonten, aber noch weit schärfer die englische Unzufriedenheit mit dem Ruhr-einsatz hervorhoben. Es gibt ja in ganz England auch nur eine kleine Gruppe, die am Vortritt teilnehmen will, nur einen Teil der Industrie, der an den augenblicklichen Geschäftsprofißt denkt. Lloyd George — dessen eigentliche Begabung gerade als Führer der Opposition zum Vorschein kam und kommt — will „im Interesse Frankreichs“ eine englische Intervention herbeiführen. Denn die französische Politik treibe zu einer Katastrophe. Der Grund liege darin, daß die Ruhraktion gar nicht veranlaßt sei durch den Wunsch nach Wiedergutmachungen. Er sagt aber nicht, wodurch sonst. Er redet Frankreich gut zu. Alle englischen Vermittlungsvorschläge habe Poincaré abgelehnt. Wenn jetzt der Weg, den Poincaré eigenwillig eingeschlagen habe, zu einem Mißerfolg führe, so ist von einer Wiedergutmachung über haupt nicht mehr die Rede. Wir sind Lloyd George dankbar, daß er die Ziele des Ruhrkampfes nach dieser Richtung hin klar erkennt, aber nicht ebenso klar erläutert hat. Bricht aber Poincaré den deutschen Widerstand, dann sind die Kosten (besser hätte er gesagt: die Verwicklungen) dieser Politik so groß, daß die Reparationen dann auch nicht gezahlt werden können.

Auch Lloyd George stellt fest, daß der ursprüngliche französische Plan — „Pänder“ auszunutzen mit Hilfe der Deutschen selbst — gescheitert ist, daß aber die Franzosen jetzt einen neuen Plan improvisieren, der sich nämlich auf nackte, brutale Gewalt, Hunger, Ausbeutung gründet, — was Lloyd George allerdings nicht sagt. Er glaubt aber auch nicht an den Erfolg dieses neuen Planes; der Weltkrieg aber werde noch weitere Ausdehnung dieser

französischen Pläne erzwingen. Also immer käme Frankreich, gleichgültig ob Deutschland nachgibt oder nicht, zu einer dauernden Besetzung des Ruhrgebietes.

Es ist fast amüsan, wie Lloyd George sich scheut oder es vermeidet, die machtpolitischen Pläne Frankreichs beim richtigen Namen zu nennen. Aber das ist vielleicht gut so; denn er betont ausdrücklich, daß man Bonar Law keine Schwierigkeiten machen sollte. Man behandelt also beiderseits, Regierung ebenso wie Opposition, die ganze Ruhrfrage daher als wirtschaftliches Reparationsproblem und gewinnt damit den Standpunkt, die Art, wie die Franzosen dieses Problem behandeln, als unwirtschaftlich zu verurteilen. Es ist aber ebenso klar, daß infolgedessen mit Poincaré, der die Ruhrfrage lediglich als machtpolitisches Problem betrachtet, ein gemeinsamer Boden überhaupt nicht zu finden ist. Und daß England ebenso wie wir, verbunden durch das gemeinsame Interesse an der Verhinderung dieser machtpolitischen Pläne, den Kampf betrachten als das, was er wirklich ist, nämlich als ein Kampf um die Macht auf dem Kontinent und für Deutschland als ein Kampf um sein Dasein.

Dieser Meinung war auch Bonar Law selbst, der zum Schluß der Sitzung unumwunden erklärte, die Ansicht der Regierung gehe dahin, daß die französische Aktion an der Ruhr schlimm sei und nichts anderes als schlimme Folgen zeitigen könne. Der deutsche Widerstand beruhe auf der Überzeugung, daß die „Sanktionen“ um unerfüllbarer Forderungen willen auferlegt wurden. Bonar Law sagte es nicht ausdrücklich, aber zweifellos wollte er ausdrücken, daß auch er die Unerfüllbarkeit klar einsehe. Und wenn er trotzdem vorläufig gegen ein Eingreifen ist, so mag er so aus mancherlei opportunistischen Gründen handeln, auch er hat die Gewalttat Frankreichs deutlich genug verurteilt.

## England und Amerika bleiben neutral.

Die Abstimmung im englischen Unterhaus ergab, daß der liberale Abänderungsantrag zur Antwort auf die Thronrede mit 305 gegen 196 Stimmen abgelehnt wurde. Das bedeutet, daß England im Ruhrkonflikt nicht intervenieren wird. In amtlichen Kreisen in London wird die Lage im Ruhrgebiet jetzt für weniger gespannt, wenn auch immer noch dunkel, angesehen. Es wird in London versichert, daß keinerlei Abweichen von der Politik wohlwollender Neutralität, die Bonar Law befolgt, eintreten werde. Ebenso ist in Washington erklärt worden: In Ermangelung von endgültigen Zusicherungen, daß eine amerikanische Intervention willkommen sein würde, werden die Vereinigten Staaten keine Schritte in den europäischen Angelegenheiten unternehmen.

## Poincarés Mißerfolg.

Die Blamage vor dem Kammerausschuß.

Poincaré hat nun dem auswärtigen Ausschuss der französischen Kammer über den „Erfolg“ des Einbruchs in das Ruhrgebiet Rechenschaft geben müssen und hat sich dabei offensichtlich gründlich blamiert. Der „Temps“ berichtet darüber:

„Der Ministerpräsident sagte, daß wir selbst die Ausnutzung des Ruhrgebietes nicht versuchen wollen. Unsere Mission hat nur den Zweck der Überwachung. Dieser Zweck wird durch sechzig französische Ingenieure erreicht, denen sich demnächst „einige Engländer“ hinzugesellen werden, die sich freiwillig gemeldet haben. Vor der Ruhrbesetzung verkehrten im Ruhrgebiet täglich 585 Züge für Reisende und 620 Güterzüge, also zusammen 1205 Züge. Heute haben wir die Zahl 70 erreicht. Im Rheinland um im Ruhrgebiet waren zusammen 160 000 deutsche Eisenbahnbeschäftigte. Wir haben 9640 Eisenbahner ins Ruhrgebiet geschickt. Französisches Material ist nicht vorhanden. Die Gesamtzahl der von uns nach Frankreich und Belgien abgerollten Kohlen beträgt nicht mehr als 1026 Waggons.“

Nach diesen Zahlen, die den technischen Mißerfolg der Expedition unabweisbar erkennen lassen, gab Poincaré noch kurz die Zahlen der ausgewiesenen Beamten an: 283 obere Beamte im Ruhrgebiet und 55 im Rheinland. Sie seien durch Unterbeamte ersetzt worden. Am Schluß hat Poincaré gesagt: „Unsere Aktion geht langsam aber methodisch weiter. Wir können Vertrauen in die Zukunft haben.“ Trotz dieser Schlusswendung haben allem Anschein nach die meisten Teilnehmer an der Sitzung den Eindruck gewonnen, daß die Angaben des Ministerpräsidenten den Mißerfolg der Ruhraktion im vollen Umfang bekräftigen. Poincaré wollte die von ihm mitgeteilten Zahlen streng geheim halten. Als er erfuhr, daß die Journalisten bereits davon Kenntnis hatten, erklärte er während, er würde nicht wieder in der Kommission sprechen.

## Oberbürgermeister Röttgen verhaftet

Proteststreik der Beamten und Angestellten.

Düsseldorf, 20. Februar.

Als ein weiteres Opfer der Ausweisungswut der Franzosen wurde nun auch der Düsseldorfer Oberbürgermeister Röttgen, während er mit den Beigeordneten und mehreren Stadtverordneten eine Besprechung abhielt, von einem Gendarmenoffizier verhaftet und in einem Kraftwagen fortgeführt.

Der Oberbürgermeister erhob zunächst selbst Protest gegen diese Maßregel. Dann erklärte Stadtverordneter Adams namens der Führer der Stadtverordnetenfraktionen, der Oberbürgermeister genieße das Vertrauen der gesamten Bevölkerung. Er müsse gegen seine Verhaftung und Fortführung schärfsten Einspruch erheben. Die Beamten und Angestellten der Stadt stellten zum Protest gegen die Verhaftung des Oberbürgermeisters die Arbeit auf 24 Stunden ein. Die Organisationen des Handels und der Gastwirte beschlossen, ihre Betriebe während des Proteststreiks ebenfalls zu schließen. Die Verhaftung und Ausweisung des Oberbürgermeisters soll erfolgt sein, weil er es abgelehnt hatte, eine Bekanntmachung der französischen Behörden zu veröffentlichen, die gegen die deutsche Bevölkerung Strafandrohungen enthielt.

## Die Behandlung der gefangenen Bürgermeister.

Aber die Unterbringung der von den Franzosen gefangenen Herren in Bredehey wird bitter geklagt. Im Bredeheyer Gymnasium ist für die Gefangenen ein Raum hergerichtet worden, in dem für 20 Personen Platz ist, während tatsächlich dort zeitweise bis zu fünfzig Personen untergebracht wurden. Die Herren Oberbürgermeister Habenthein, Bürgermeister Schäfer und andere befinden sich in Einzelzellen im Rathaus zu Bredehey. In diesen Zellen wurden früher nur gewöhnliche Verbrecher eingesperrt, und zu deren Schutz bestand schon damals die Vorschrift, daß eine Person höchstens 24 Stunden in einer solchen Zelle untergebracht werden dürfe, weil der Aufenthalt dabeilbst äußerst gesundheitschädlich sei. Jetzt sitzen diese Herren schon eine Woche und länger immer in demselben Raum. Die Gattin des Bürgermeisters Schäfer versuchte, ihren Gatten in Bredehey zu besuchen. Der französische General lehnte ihre Bitte ab.

## Chronik der Gewalttaten.

— In Bochum wurden wieder zwei Bahnhöfe von den Franzosen besetzt. Die Beamten mußten fluchtartig die Bahnhöfe verlassen. Durch die Besetzung der Bahnhöfe gehalten sich die Verkehrsfrage von Tag zu Tag schwieriger.

— Auf Befehl der Internationalen Rheinlandkommission ist der Verkehr mit dem Brückenkopf Rehl für jedes Fuhrwerk untersagt, das als Ersatz für die Beförderung auf dem Schienenwege dient. Demnach wird der Kraftwagenverkehr, der durch die badische Regierung zwischen Offenburg und Rechen eingerichtet worden ist, untersagt.

— Auf dem Bahnhofe Kleve verhinderten die Belgier die Abfuhr der in dem dortigen Schuppen lagernden Güter, die erbrochen und teilweise geraubt worden sind.

— Die Franzosen haben im Hafen Matthias Stinnes in der Nähe von Arnarp mehrere Schiffe beschlagnahmt und die Insassen mit Gewalt daraus vertrieben. Zum Teil haben sie das Eigentum der Schiffleute in den Kanal geworfen. Einen Dampfer haben sie in Betrieb genommen.

— Eisenbahnoberinspektor Hoye wurde von den Franzosen verhaftet. Erst zwei Tage später konnte sein Aufenthalt im Keller des Postgebäudes, wo er festgehalten wurde, festgestellt werden. Hoye soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

— Den Behörden in Essen sind Verordnungen des französischen Generals Degoutte zugesandt worden, in denen allen denjenigen, die Verräterdienste für die Franzosen tun wollten, der Schutz der französischen Truppen versprochen wird.

— Amisrichter Dr. Heuß in Offenburg wurde von den Franzosen ausgewiesen, weil er sich geweigert hatte, die gewünschten Zellen im Gefängnis abzutreten. Er wurde im Auto mit unbekanntem Ziele fortgeschafft.

— In Gelsenkirchen ist das Warenhaus Alsbey wegen verweigerter Warenabgabe an die Besatzung geschlossen worden. Die im Hause anwesende Kundenschaft wurde hinausgetrieben. Die Franzosen erklärten, sie würden das deutsche Warenhaus in Pferdeställe umwandeln.

— Das Postamt in Mainz ist von den Franzosen besetzt worden, die sofort die ganze Post beschlagnahmten. Selbst die Postabholer mußten ihre bereits in Empfang genommene Post wieder herausgeben.

## Neue Ministerreise ins Ruhrgebiet.

Besuch des preussischen Handelsministers.

Der preussische Handelsminister Siering ist von einer Reise ins Ruhrgebiet zurückgekehrt. Er hat dort